

Es gibt keine Gebrauchsanweisung für das „Gute Leben“ - und für Commons

In diesem Beitrag soll der Versuch unternommen werden, inhaltliche Gemeinsamkeiten verschiedener politischer Bewegungen zu skizzieren, die in einen Kampf für ein „gutes Leben“ münden könnten. Orientierungspunkte in diese Richtung sehen wir, neben der grundsätzlichen Kritik an Erwerbsarbeit, im Kampf für eine möglichst kostenlose soziale Infrastruktur. Die Forderung nach einer solcherart ausreichenden Grundversorgung könnte Bestandteil einer regionalen antikapitalistischen Perspektive sein.

Die Lage war schon besser!

Der immer wieder formulierte Anspruch innerhalb verschiedener sozialer oder politischer Gruppen, an den Alltagskämpfen vor Ort anzuknüpfen, scheidet oft an der Prekarität derselben. Von der aktuellen Krise, die seit etwa 2008 wirkt, sind die deutschen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (die zum Teil davon profitieren) und Erwerbslosen (die zum Teil immer in der Krise leben) bisher kaum betroffen. Die rot/grüne Agenda 2010 hat bereits frühzeitig den Weg bereitet für einen schleichenden Übergang zu einer „prekären Vollerwerbsgesellschaft“ (Klaus Dörre), mit hohen Beschäftigungszahlen, bei gleichzeitigen Niedriglohnquoten und beruflicher Dequalifizierung. Zwar gibt es immer wieder kleinere bis größere Konflikte und Auseinandersetzungen etwa im Bildungssektor, bei den Erwerbslosen, sowie kontinuierliche Flüchtlingsproteste und Streiks, wie im Dienstleistungsbereich, aber es sind zersplitterte Bewegungen, denen nicht selten die Dynamik des langen Atems und der grundlegenden Perspektive fehlt.

Dabei ist der Analyse der „Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung“ (WSI) zuzustimmen, wenn sie darauf verweisen, dass „die meisten der gegenwärtig zu beobachtenden sozialen Auseinandersetzungen nicht auf Überwindung des Kapitalismus, sondern auf Teilhabe“¹ zielen. Mit diesem Hinweis sollen aktuelle Kämpfe nicht diskreditiert werden, zumal auch „reformistische Routinen“² immer wieder auch politische Erfahrungen beinhalten, wie ein anderes, besseres Leben aussehen könnte, sondern nur deutlich gemacht werden, dass es sich bei den vielen Konflikten um Verteilungskämpfe handelt. Der Zusammenhang zwischen Antikapitalismus und sozialer Frage wird selten gesehen, d.h. Alternativen zum Bestehenden spielen in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle, aber auch da wo sie im Mittelpunkt stehen, z.B. die Forderung nach einem erwerbsarbeits-unabhängigen Einkommen anstelle von Hartz IV, sind sie kaum sichtbar und werden auch selten öffentlich diskutiert. Debatten über Alternativen jenseits des Kapitalismus und den entsprechenden Weg dahin, sind innerhalb der systemkritischen Linken nicht nur im Rhein-Main-Gebiet nur vereinzelt zu finden. Das bedeutet natürlich nicht, dass es solcherart diskussionswürdigen Alternativen nicht gäbe, aber sie finden zurzeit keinen Ausdruck in konkreten Kämpfen. Das Alltagsbewusstsein der einzelnen AkteurInnen schießt mehr auf materielle Besserstellung und günstigere Arbeitsbedingungen, als auf Übernahme des Betriebes. Warum auch, Protest und Widerstand steht in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Struktur eines gesellschaftlichen Systems und den Spielräumen, die den Menschen zugestanden werden.

1 Heft 5/2014, S. 336

2 Siehe: „Streiks sind Lehrstunden des Klassenkampfes“, in: Swing 191, 29.06.2015

Solange diese „das Alltägliche leben können, rekonstituieren sich die alten Verhältnisse“³. Und ein Weiteres kommt hinzu: für viele sind frühere scheinbare Alternativen in sich zusammengebrochen oder scheiterten auf ganzer Linie, wie der Staatssozialismus der UdSSR und DDR. Internationalistische, revolutionäre Bewegungen wurden, kaum an der Macht, zu reaktionären Regimes und ein Großteil der sozialen Bewegungen in Deutschland aus den siebziger Jahren konnte durch die Integration in die Parteienpolitik nicht nur befriedet werden, sondern repräsentieren heute kapitalistische Bestandspflege.

Vollbeschäftigung, weder erstrebenswert noch erreichbar!

Wenn wir annehmen, dass die Subjekte der Gesellschaftsveränderung vom sozialen Status her gesehen zwischen Festanstellung, Prekarität und Erwerbslosigkeit liegen, so gibt es ein Merkmal, das zugleich Gemeinsames und Trennendes in sich birgt. Es ist die direkte oder indirekte Orientierung auf Lohnarbeit, die aber keine automatisch gemeinsamen Handlungsweisen produziert, sondern sich auch als Hemmschuh von Solidarität und gesellschaftlicher Umwälzungen erweisen kann. Denn: die Erpressbarkeit der betroffenen Menschen in und außerhalb der Produktion basiert auf der über Jahrzehnte propagierten Ideologie, Lohnarbeit sei alternativlos als Mittel zur Existenzsicherung⁴.

Ausdruck und Folge dieser hegemonialen Übereinkunft ist, dass um Lohnarbeit regelrecht gebettelt (oder wie bei Panasonic sogar gehungert⁵) wird, auch wenn sie längst keine Existenz, geschweige eine komfortable, sichern kann. Ähnliche Verhaltensweisen lassen sich auch bei Erwerbslosen feststellen („Nehme jede Arbeit!“). Erwerbsarbeit oder Sozialleistungen, die im direkten Zusammenhang zur Erwerbsarbeit stehen (z.B. Renten/Arbeitslosengeld I und II) sind wesentlicher Stabilisator kapitalistischer Verhältnisse. Als solche sind die Erwerbsarbeit und ihre Ausläufer fest verankert im Bewusstsein und Wertesystem jedes Einzelnen. Wer erwerbsarbeitet blickt auf Erwerbslose herab, während diese wiederum Flüchtlinge als Konkurrenten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen sehen. Diese Feststellung trifft natürlich nicht auf alle zu, ist aber ein Grundprinzip des Kapitalismus: Teile und Herrsche!

Antikapitalismus beinhaltet eine radikale Kritik der Erwerbsarbeit!

Die ökonomische Entwicklung könnte zur Befreiung von Erwerbsarbeit beitragen, es wird immer weniger Arbeitszeit benötigt, um bestimmte, gesellschaftlich notwendige Produkte herzustellen, d.h. die Voraussetzung für ein gutes Leben für alle sind vorhanden!

Dass sich die Menschen des weniger Werdens von notwendiger Arbeit nicht freuen können, dafür sorgt ihre kapitalistische Formbestimmung als Lohnarbeit. Nur wer sich voll und ganz der Erwerbsarbeit zur Verfügung stellt, kann auf Anerkennung, entsprechende Entlohnung, Wertschätzung und Teilhabe hoffen.

Der Kapitalismus benötigt Lohnarbeit als Herrschaftsinstrument, um die Interessen bestimmter Gesellschaftsschichten zu wahren, während gleichzeitig die Verarmung großer Teile der Bevölkerung Jahr für Jahr zunimmt. Es kann geschlussfolgert werden, dass ein

3 Lefebvre, H.: Das Alltagsleben in der modernen Welt, Frankfurt 1972

4 Siehe die immer wieder lesenswerten Ausführungen zu diesem Thema von Mag Wompel, z.B. „das linksradikale an der staatsknete“, in: graswurzelrevolution 390/2014

5 Fünfzehn Mitarbeiter des Bildröhrenwerkes in Esslingen verweigerten im Mai 2010 mehrere Tage die Nahrung. Nach Bekanntgabe der Schließung des Werkes forderten sie, ohne Erfolg, neue Jobs oder eine gerechte Abfindung.

anderes, besseres Leben für alle unter diesen ökonomischen und sozialen Verhältnissen nicht möglich ist.

Das Ziel der Befreiung von der Lohnarbeit und die Perspektive für ein gutes Leben könnte ein wesentliches Verbindungsmerkmal von Erwerbslosen, Prekären und Erwerbsarbeitenden sein!

Gutes Leben, was ist das?

Das allgemeine Ziel einer anderen Gesellschaft kann mit der Forderung nach einem guten Leben umschrieben werden.

Die dazu notwendige Auseinandersetzung impliziert eine breite Debatte über das

** Wie will ich leben?*

** Was benötige ich, das ich mir nicht kaufen kann?*

** Welchen Lebensstil präferiere ich im Zusammenhang mit Klimawandel und Konsumverhalten?*

** Für wen wollen wir produzieren (Markt oder Gemeinschaft?),*

** Welche Formen der Selbstorganisation im Zusammenleben sind notwendig?*

Nach Skidelsky (Wieviel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München 2013)

umfasst die Praxis des guten Lebens verschiedene Basisgüter (z.B. Gesundheit, Muße, Harmonie mit der Natur),

die unter kapitalistischen Voraussetzungen für die Mehrheit der Bevölkerung nicht erreichbar sind.

Ähnlich ist das spanische Buen Vivir (etwa in Ecuador, Bolivien und Venezuela), als eine ganzheitliche Vision, die die

Einheit zwischen Mensch und Natur und das Leben in Harmonie in den Mittelpunkt stellt.

In diesem Zusammenhang verorten wir antikapitalistische Kritik, als Kritik an der Art und Weise des heutig dominierenden Arbeitens und Lebens, mit dem Ziel der Überwindung derselbigen und des Aufbaus einer selbstorganisierten, egalitären, demokratischen Gesellschaftsform. Wenn Antikapitalismus den heutigen Kapitalismus aufheben will, benötigt es nicht nur eine überzeugende Kritik der bestehenden Verhältnisse, sondern muss auch darlegen können, welche Alternative ein gutes Leben garantieren kann. Und es muss Wege aufzeigen, dieses Ziel zu erreichen.

Soziale Infrastruktur, Commons oder wie oder was?

Orientierungspunkte sind für uns unter anderem die inhaltlichen Positionen der Gruppe „links-netz“ aus Frankfurt für eine besondere Art der sozialen Infrastruktur: „Emanzipative Gesellschaftsveränderung heißt heute nicht zuletzt, sich vom Denken in den Kategorien der Waren- und Arbeitsgesellschaft zu verabschieden...Es kommt vor allem darauf an zu erkennen, dass in einer hochproduktiven und arbeitsteilig verwobenen Gesellschaft die individuelle Lohnarbeit nicht mehr Maßstab und Grund für gesellschaftliche Anerkennung und materielles Wohlergehen sein muss und kann...Die gesellschaftlichen Möglichkeiten lassen es zu, eine Soziale Infrastruktur zu entwickeln, die allen ein auskömmliches Leben ohne Arbeitszwang sichert. ... Gesundheit, Bildung und Kultur, Verkehr und Wohnen...“⁶ Diese Veränderungen innerhalb fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften finden noch unter den Bedingungen von Markt und Staat statt, Elemente einer neuen Gesellschaft müssen bereits in der alten entstehen. Für Joachim Hirsch geht es darum „den Kernbereich der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise, nämlich das Lohnarbeits- und das Warenverhältnis zwar nicht aufzuheben, aber grundlegend zu verändern. Ziel ist es, der immer weiter fortschreitenden Kommerzialisierung des Lebens und der gesellschaftlichen Beziehungen entgegenzutreten und damit Ansätze zu einer gesellschaftlichen Transformation zu schaffen...Eine wesentliche Lockerung des Arbeitszwangs und eine öffentlich finanzierte Versorgung mit den wichtigsten Grundbedürfnissen stehen in einem deutlichen Gegensatz zu der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise.“⁷ So ist zum Beispiel die Forderung nach Sozialpässen zum kostengünstigen oder kostenlosen Fahren mit Bahn und Bussen Teil der Kämpfe für eine allen zugängliche Soziale Infrastruktur. Deren politische Verallgemeinerung kann auch die Verbindungen zu weiteren politischen Bewegungen fördern und öffnet Zugänge zu anderen debattierten Alternativen, etwa der Diskussion um und über ‚Commons‘.

Das bedeutet nicht, dass beide Begriffe (Commons und Soziale Infrastruktur) identisch zu verwenden sind. Zum Teil drücken sie verschiedene Handlungszusammenhänge oder inhaltliche Bestimmtheiten aus. Für Thomas Gehrig ist der Begriff Commons nur unzureichend geklärt, er sieht ihn als ein Art Container-Begriff, der mit unterschiedlichen, manchmal auch gegensätzlichen politischen Perspektiven belastet werden kann. Aus diesem Grund fällt es, nach seiner Meinung, auch schwer das Verhältnis zur Sozialen Infrastruktur zu bestimmen. Als radikales Reformkonzept ist die ‚Soziale Infrastruktur‘ zwar teilweise staatszentriert, besitzt aber eine verallgemeinerbare soziale Reformperspektive und setzt auf Formen demokratischer Selbstbestimmung innerhalb der Institutionen der Sozialen Infrastruktur⁸. Frühere und aktuelle Kämpfe bzw. Forderungen von Erwerbslosen orientieren sich in diese Richtung, wenn es um möglichst kostenlosen Zugang zu Bildung, Kultur, zum Gesundheitssystem, zu Mobilität, zu Telekommunikation/Internet, zu kostengünstigem Wohnraum, zu Strom (Energie), zu gesunder Ernährung usw. geht.

6 Hirsch, J./Brüchert, O./Krampe, E.-M. u.a.: Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur, Hamburg 2013

7 Hirsch, J.: Radikaler Reformismus, in: Zelik, R./Tauss, A.(Hg.): Andere mögliche Welten?, Hamburg 2013, S. 105/106

8 Die Ausführungen beziehen sich auf ein Thesenpapier vom T. Gehrig, vorgelegt auf unserer Veranstaltung („Von den Commons zum sozio-kulturellen Existenzminimum“) am 24.04.2015 in Frankfurt

Auf einer Veranstaltung im Rahmen von Blockupy 2014⁹ betonte Werner Rätz die Notwendigkeit des Zusammengehens beider Praxen (Soziale Infrastruktur und Commons) am Beispiel der Landlosenbewegung in Brasilien. Die dortige großflächige Landnahme sei einerseits eine direkte Aneignung und andererseits eine Verstetigung durch eine geforderte Landreform. Für Rätz repräsentiert Commons den Gemeinschaftsgedanken, also: Wir wollen selbstbestimmt etwas, am besten sofort, organisieren. Während Soziale Infrastruktur den Gesellschaftsgedanken in sich trägt, also: Soziales ist staatlich organisiert, kann aber auch anders sein. Beides erscheint als Widerspruch, sollte aber seiner Meinung nach zusammen wirken.

Wenn Commons als Aneignungsprozess verstanden wird und eine möglichst kostenlose Soziale Infrastruktur als Garantie von Rechten gesehen werden kann, dann befinden sich mögliche Bündelungspunkte zur Steigerung der Handlungsfähigkeit politischer und sozialer Aktivitäten in diesem Spannungsfeld.

Das gleiche gilt für den Ansatz der solidarischen Ökonomien, die menschliche Bedürfnisse, ohne Orientierung auf Markt und Profit, in Form von Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen wollen. Für Exner/Kratzwald sind sie, ebenso wie Commons, „immer zwiespältig. Sie versorgen das Kapital mit kostenlosen Ressourcen, bilden aber auch Räume der Autonomie, in denen Widerstand und Alternativen entstehen können.“¹⁰ In dieser Zwiespältigkeit müssen sich entstehende und bestehende Ansätze mit Markt, Kapital und Staat auseinandersetzen. „Erst eine primäre Orientierung am „Guten Leben“, das sich zwangsweise den Markt zunutze machen, ihn gleichzeitig auch zurück drängen und überwinden muss, erlaubt die unabdingbare Flexibilität, schädliche Produktion einzustellen, die Früchte der Arbeit an alle je nach Bedürfnis gleich zu verteilen und wechselseitige soziale Kontrolle auf das Nötigste zu minimieren.“¹¹

Die daraus möglicherweise entstehende Postwachstumsökonomie, wäre dann die Summe der kooperierenden und verbindenden Ansätze von solidarischer Ökonomie und Commons-Praxen, so Exner/Kratzwald weiter. Gutes Leben stellt sich somit nicht als eine Frage der individuellen Lebensstile dar, sondern würde, nach Auffassung von Barbara Muraca zu einer „öffentlichen Aufgabe...die kollektiv verhandelt werden muss.“¹² In diese Debatte fließen alle „Themen, Vorstellungen und Überzeugungen (ein), die für eine radikale gesellschaftliche Veränderung stehen...Bei der Vision einer Postwachstumsgesellschaft, in der Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht werden sollen, geht es darum, das gute Leben wieder als eine politische Frage gemeinsam auszuhandeln und die Rahmenbedingungen ihrer Verwirklichung zu gestalten.“¹³

Die Forderung nach Sozialer Infrastruktur und die Realisierung von Commons bieten für viele

9 Wortbeitrag von W. Rätz im Rahmen des Workshops „Kämpfe um die soziale Infrastruktur in Europa“ am 21.11.2014

10 Exner, A./Kratzwald, B.: Solidarische Ökonomie und Commons, Wien 2012, S. 7

11 Dito, S. 127

12 Muraca, B.: Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin 2014, S. 11

13 Dito, S. 11

Teilbereichskämpfe eine gemeinsame Perspektive an.

Nach den Sternen greifen ohne das Essen zu vergessen!

Im weiteren soll konkreter, am Beispiel verschiedener sozialer Kämpfe genau diese Verbindung herausgearbeitet werden:

Der **Kampf von MieterInnen um bezahlbaren Wohnraum** umfasst den Widerstand gegen Mietsteigerungen, für ausreichenden Wohnraum und gegen willkürliche Kündigungen, hat aber auch ein Interesse an Einkommens- bzw. Sozialleistungssteigerungen. Zudem besteht ein Interesse an mieterfreundlicher, genossenschaftlich orientierter Rechtsauslegung.

Der **Kampf von Erwerbslosen** umfasst die existenzielle Absicherung mit Erwerbsarbeit, aber auch ohne Erwerbsarbeit gut leben zu können. Dazu gehört ebenso bezahlbarer und ausreichender Wohnraum, wie auch die Rechte auf Zugang zu möglichst kostenloser Benutzung von öffentlichen Verkehrsmittel, dem Gesundheits- und Bildungsbereich.

Der **Kampf von MigrantInnen/Flüchtlingen** umfasst ein allgemeines Bleiberecht, die Versorgung mit bezahlbarem, angemessenem Wohnraum und die ausreichende existenzielle Absicherung mit und ohne Erwerbsarbeit. Dazu gehört auch der freie Zugang zum Gesundheits- und Bildungsbereich.

Der **Kampf von Studierenden** umfasst den freien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen sowie selbstbestimmte Formen des Lernens. Dazu benötigt es eine umfassende existenzielle Absicherung.

Allen vier Gruppen fehlt es an einer umfassenden und ausreichenden existenziellen Absicherung ohne Gegenleistungen. Hinzu kommen fehlende grundlegende soziale Rechte und der freie Zugang zu sozialer Infrastruktur.

Erwerbslose, MieterInnen, Studentierende und Flüchtlinge sind auch Teil von ökonomischen und sozialen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft, in der sie leben. Mit Beginn der Neunziger Jahre ist eine Erosion des Normalarbeitstages feststellbar, deren Repräsentant der relativ gut bezahlte weiße, männliche, auf Dauer angestellte Vollzeitbeschäftigte war, ausgestattet mit umfangreichen sozialen Rechten und nicht selten gewerkschaftlich organisiert. Die, insbesondere von der Sozialdemokratie vorangetriebene, Flexibilisierung der europäischen Arbeitsmärkte beschleunigen diesen Verfall, allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich.

Resultat ist die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse. Dies sind nicht nur Arbeits- und Lebensverhältnisse ohne existenzsicherndes Einkommen, sondern es geht auch „um mangelnde Anerkennung der Arbeit und der Person, um betriebliche und soziale Isolierung, mangelnden Sozialversicherungsschutz und fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten, um erschwerten Zugang zu oder die Verteuerung von öffentlichen Dienstleistungen und Sozialer Infrastruktur, um Verdrängung durch explodierende Mieten etc.“¹⁴ Die eigenen Lebensentwürfe der Betroffenen geraten ins Hintertreffen, die angebotenen Jobs sind kaum

14 Candeias, M./Steckner,A.: Prekär schreiten wir voran?, in: Luxemburg 1/2015

Quelle von Anerkennung. „Flexible Arbeitsmärkte haben zur Auflösung von beruflich geprägten Gemeinschaften beigetragen. Das ist der Grund, weshalb das Prekariat heute von keiner sozialen Erinnerung mehr zehrt, von keinem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft voller Stolz und Status, Ethik und Solidarität.“¹⁵

Der traditionelle Lohnarbeiter ‚stirbt aus‘, der prekär Beschäftigte betritt die gesellschaftliche Bühne. Flüchtlinge, Erwerbslose und Studierende gehören in hohem Maße dieser sozialen Gruppen an, oder befinden sich im ausschließlichen Bereich der Sozialleistungen bzw. den illegalen Varianten prekärer Beschäftigung.

Auf diesem kurz skizzierten gesellschaftlichen Veränderungstableau sind klassische Lohnforderungen noch wichtig, betreffen aber nicht mehr alle Formen der Existenzsicherung.

Atypische Erwerbsarbeit reicht meist nicht zum Leben und deckt zudem nicht alle notwendigen Arbeiten ab, die eine Gesellschaft benötigt. Auch das Sozialversicherungswesen gerät an seine Grenzen, da es sich auf Erwerbsarbeit oder besser auf die Höhe der Löhne bezieht. Ebenso das Arbeitslosengeld I. Eine ähnliche strategische Perspektive findet sich beim Arbeitslosengeld II. Wer sein Verhalten nicht auf Erwerbsarbeitsformen ausrichtet bzw. wer sich nicht an erwerbsarbeits-orientierten Maßnahmen beteiligt, unterliegt Sanktionsmaßnahmen.

Daraus ergeben sich egalitäre Forderungen, die nicht nur dem Ziel der Verbesserung der materiellen Situation der Mehrheit der Bevölkerung dienen, sondern auch zu einer Zurückdrängung der Erwerbsarbeitsperspektive und einer gesellschaftlichen Aufwertung darüber hinaus gehender Tätigkeitsfelder führen muss.

Es geht somit um die Er kämpfung einer Grundversorgung, ohne Verpflichtung zur Erwerbsarbeit, ohne Repression als erste Stufe für arme Menschen¹⁶. Die zweite Stufe wäre, ein bedingungsloses Grundeinkommen für Alle als Wahlfreiheit und Autonomie die eigene Lebensführung zu gewährleisten.

Im ökologischen Bereich ginge es u.a. um Ernährungs- und Energiesouveränität bzw. den respektvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Energie), sowie regionalen Produktionsketten- und -netzen. Hier setzen auch viele Debatten über Postwachstum bzw. ‚Degrowth‘ an.

Zwischen all diesen Forderungen bestehen Anknüpfungspunkte, die sich auf die Schaffung einer möglichst freien sozialen Infrastruktur beziehen, etwa bei der Gesundheitsversorgung, der Bildung, der Mobilität, der Energieversorgung, dem bezahlbaren Wohnraum usw. Die Auseinandersetzungen darum haben einen starken kommunalen Zusammenhang und konkretisieren die Forderungen von Flüchtlingen nach einem allgemeinen Bleiberecht.

In verschiedenen Regionen Deutschlands hat es immer wieder Kampagnen von Erwerbslosengruppen für eine möglichst kostenlose soziale Infrastruktur für Betroffene mit

15 Standing, G.: Die neue gefährliche Klasse, in: Berliner Republik 4/2011

16 In diesen Zusammenhang passt auch die Diskussion über die „Vier-in-einem-Perspektive“ von Frigga Haug, ebenso wie eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

geringem Einkommen gegeben. In Frankfurt wurde in den achtziger Jahren nach Protesten und Aktionen für kostenlose Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln der Frankfurt-Pass eingeführt, der u.a. eine verbilligte (aber immer noch zu teure) Monatskarte ermöglicht und kostenlos oder ermäßigt den Eintritt in städtische Institutionen gewährleistet. Zudem konnte ein Kultur-Pass (www.kulturpass.net) durchgesetzt werden, der für viele kulturelle Einrichtungen in Frankfurt Gültigkeit hat.

Aktuell finden immer wieder gemeinsame Rechtsdurchsetzungen durch kollektive Zahltag (siehe; Nowak, P.: Zahltag, Münster 2009), sowie Proteste gegen die Verweigerung von Eingangsbestätigungen bei Abgabe von Unterlagen in den Jobcentern (siehe: www.bag-plesa.de) statt. Dabei geht es um die Durchsetzung einer einheitlichen Verwaltungspraxis im Sinne der Betroffenen. Seit etwa zwei Jahren agiert ein „Bündnis gegen Sozialkürzungen“ von vielen kleinen sozialen Initiativen und Vereinen nicht nur in Richtung einer besseren materiellen Unterstützung, sondern auch in Richtung einer anderen sozialen Politik z.B. in Frankfurt.

Trotz unterschiedlicher Themen und Praxisansätze lassen sich Interessengemeinsamkeiten verschiedener sozialer Initiativen erkennen. So können bestimmte Forderungen eine Art Brückenfunktion darstellen, wie z.B. die ausreichende Grundversorgung, ohne Zwang zur Erwerbsarbeit. Dies könnte durch eine umfassende Erhöhung der Regelsätze, ohne Sanktionsmöglichkeiten, geschehen oder durch einen möglichst kostengünstigen bis kostenlosen Zugang zu Institutionen der Gesundheit und Bildung, bis hin zu freier Mobilität und kostengünstigem Strom. In welcher Form sich daraus (regionale) Kampagnen erschließen, müsste in einem gemeinsamen Diskussionsprozess ermittelt werden.

Innerhalb eines Teils der bundesweit agierenden Erwerbslosengruppen wird schon seit Jahren die Debatte zu diesem Thema in Theorie und Praxis geführt. Während es immer wieder Kampagnen zur direkten Verbesserung der Situation von GrundsicherungsbezieherInnen gibt, z.B. gegen die Sanktionspraxis vieler Jobcenter, gegen eine Anrechnung von Kindergeld auf das Arbeitslosengeld II bis hin zu Protesten gegen die Verweigerung von Eingangsbestätigungen bei Abgabe von Unterlagen, hat sich mittlerweile ein Art perspektivischer Konsens aller Erwerbslosengruppen herauskristallisiert: Die substantielle Erhöhung der Regelsätze ohne Sanktionsmöglichkeiten. Mit dieser Forderung lässt sich ein breites Bündnis erzielen, ohne das damit eine Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens verbunden ist oder die Erwerbsarbeit als ausschließliche Existenzgrundlage manifestiert wird.

Es ist Wolfgang Völker¹⁷ zuzustimmen, der über die Notwendigkeit schreibt das Prinzip „Fordern und Fördern“ und die darin ruhende Fixiertheit auf Erwerbsarbeit außer Kraft zu setzen.

Fangen wir damit an!

Soziale Infrastruktur

Was Menschen für ihr tägliches Leben benötigen muss für alle zugänglich sein:

kostenlose Gesundheitsversorgung

kostenlose Bildung

kostenlose Benutzung von öffentlichen Verkehrsmittel

kostenlose Energieversorgung

kostenloses Internet

kostengünstiger Wohnraum

politische Anschlussmöglichkeiten Commons

(Aneignungspraxen)

solidarische Ökonomie (gegen den Wachstumswahn

an Forderungen und Praxen verschiedener sozialer Bewegungen

wird ermöglicht

durch ein Existenzgeld (bedingungsloses Grundeinkommen)

hat einen internationalistischen Aspekt

Theorie und Praxis des guten Lebens „Buen Vivir“